DIE LINKE.
KREISVERBAND COBURG

Original sozial.

Ausgabe 13 | August 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit Empörung habe ich von dem rechtsradikalen Angriff auf unser Büro in der Heiligkreuzstrasse gehört. Er zeigt, dass die Gefahr, die von Rechtsradikalen und Neo-Nazis ausgeht, real ist und nicht kleingeredet werden darf. Rassistisches und faschistisches Gedankengut finden dort Verbreitung, wo Sündenböcke und einfache Antworten auf soziale Fragen gesucht werden. Die simple, aber menschenverachtende Ideologie der Rechten sucht die Schuld für die Verelendung der Bevölkerung bei den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft: Migranten, Homosexuelle, Behinderte, etc.

Linke Gruppierungen und Organisationen sind ein Dorn im Auge der rechten Szene, weil wir andere Antworten auf die Krise und soziale Verwerfungen gefunden haben. Wir setzen der ausgrenzenden Idee der Volksgemeinschaft die internationale Solidarität aller vom Kapitalismus Unterdrückten entgegen.

Der Angriff der Rechten auf unser Büro macht deutlich, wie wichtig die antifaschistische Arbeit der LINKEN ist. Wir dürfen den Nazis keinen Fußbreit lassen und müssen die Verbreitung ihrer Ideologie in der Bevölkerung bekämpfen. Blockaden von Nazi-Aufmärschen wie in Dresden zu Beginn des Jahres und Proteste wie gegen den Parteitag der NPD sind dabei elementar, damit das braune Gedankengut sich nicht ungehindert ausbreiten kann.

Der Anschlag ist Mahnung und Ansporn im Kampf gegen alte und neue Nazis. Die Radikalität und Gewaltbereitschaft der Rechten schüchtert uns nicht ein, weil wir wissen, dass wir mehr sind und dass wir mit linken Ideen und Ansätzen großen Rückhalt in der Bevölkerung haben.

Falls ihr Unterstützung aus Berlin benötigt, zögert nicht, euch bei mir zu melden.

Mit solidarischen Grüßen

Nicole Gohlke

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir möchten uns für Eure solidarische Anteilnahme und Unterstützung, die wir anlässlich des verübten Anschlages auf unser Bürgerbüro in Coburg durch Rechtsradikale erhielten, herzlich bedanken.

Ungeachtet aller Dissensen und oftmals auch Streitigkeiten, die innerhalb unserer Partei zu verzeichnen sind, ist es beruhigend zu sehen, dass es zumindest ein Ziel gibt, das uns alle vereint:

der unbedingte Kampf gegen Rechts

und alle damit in Einklang gehenden staatsfeindlichen Ideologien.

Wir haben aus sehr vielen Kreisverbänden entsprechende solidarische Anteilnahme und Spenden erfahren, ebenso von unseren bayerischen MdBs und weiteren Funktions- bzw. Mandatsträgern.

Unser Nachbarkreis Hildburghausen ,das dortige Kreisbüro wurde bereits mehrmals Anschlagsziel von Neonazis, sammelte zb. fast 250,- € an Spendengeldern. Auch aus Bayrischen Kreisverbänden, wie zb.dem KV Main-Rhön und Kulmbach kamen Spenden und Unterstützung.

Ein ausführlicher Bericht dazu folgt in unserer nächsten Mitglieder-zeitung.

Die materiellen Folgen werden wir schnell überwunden haben.

Was aber leider nicht mit Geld, egal ob durch Spenden oder Zuschüsse eingegangen, aufgefangen oder abgemildert werden kann, ist die massive Beeinträchtigung unserer Arbeitsfähigkeit. Hier hilft nur Solidarität

Die Angst – speziell unserer Genossinnen – alleine im Büro ihre politische Arbeit zu verrichten, ist sehr stark angewachsen. Mittlerweile versehen immer mindestens zwei Genossinnen/Genossen zusammen den Dienst in unserem Bürgerbüro. Selbst dies ist – bei einer rein weiblichen Besetzung – immer nur mit einem gewissen Unbehagen oder Angst möglich.

Für den KV Coburg ist die Bedrohung von Rechts keine Theorie mehr oder gar ein abstraktes Eventualereignis – sondern absolute Realität.

Solidaritätsaufruf des Kreisverbandes Coburg

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde und Sympathisanten,

auf unser Bürgerbüro in Coburg wurde ein feiger Anschlag verübt.

Offenbar zwischen 00.30 und 05.30 Uhr in der Nacht von Sonntag auf Montag vergangener Woche, wurden die Glasscheiben unseres Bürgerbüros, in der Heiligkreuzstrasse 35 in Coburg, eingeschlagen.Gleichzeitig wurde der Briefkasten demoliert und die Eingangstür mit rechtsradikalen Symbolen beschmiert.
Der Gesamtschaden wird auf ca. 600 Euro geschätzt.
Laut einer Pressemitteilung der Polizeidirektion Coburg prüft diese einen mutmaßlichen politischen Hintergrund!!!Dieser liegt für uns nahe, da bereits kurz nach Eröffnung des Bürgerbüros erste faschistische Schmierereien und kleinere Sachbeschädigungen am Briefkasten und der Eingangstür zu verzeichnen waren. Sicherlich steht der Angriff auch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem breiten Widerstand unseres Kreisverbandes und der Bayrischen Linken gegen rechtsextreme Aufmärsche am 1. Mai und gegen den NPD-Bundesparteitag in Bamberg.

DIE LINKE Coburg wird sich aber von solchen Versuchen nicht einschüchtern lassen und weiterhin ausschließlich demokratisch für die sozialen Belange aller Menschen eintreten.

Gerade in einer Zeit, in der sich die Menschen zu tausenden von den bürgerlichen Parteien und ihrem Parlamentarismus abwenden und die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus mit einem Linkstrend beantworten, sollen die Faschisten einschüchtern, terrorisieren oder mit ihrer Demagogie die Massen verhetzen. Damit dürfen sie nicht durchkommen - Für das Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda! Wehret den Anfängen!

Wenn ihr die Coburger Genossinnen und Genossen beim Wiederaufbau Ihres Bürgerbüros auch finanziell unterstützen wollt, dann spendet bitte auf folgendes Konto:

Sparkasse Coburg-Lichtenfels
Konto.Nr. 0009576042
BLZ 78350000

Bitte bei allen Spenden jeweils den Namen, Vornamen und die Anschrift angeben. Die Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellen wir gern Spendenbescheinigungen aus.

Sachspenden und Solidaritäts-schreiben könnt ihr auch direkt an

DIE LINKE Kreisverband Coburg
Heiligkreuzstrasse 35
96450 Coburg schicken.

Mit antifaschistischen Grüßen

Rene´ Hähnlein
Kreisvorsitzender DIE LINKE Coburg

Liebe Coburger Genossen,

über den Kreiseverteiler erreichte mich die Information, dass Euer Büro einem Naziagriff ausgesetzt gewesen ist.Das ist sehr übel!
In der letzten Wahlperiode war mein Büro in Landshut ebenfalls mehrfach von Nazis attackiert worden, einmal wurde neben der reinen Sachbeschädigung sogar eine junge Aktivistin aus dem Landshuter Info-Laden bedroht.Wir haben damals alle gemeinsam beschlossen: jetzt erst recht und kein Fußbreit den Nazis!Euren Zeilen entnehme ich, dass Ihr ähnlich denkt und das ist so wichtig! Denn wir dürfen rechtem Gedankengut und Nazis nicht das Feld überlassen.

Mit solidarischen Grüßen,

Kornelia Möller

Hallo René,

wir haben vorgestern auf der Vorstandssitzung beschlossen, Euren KV mit 100 Euro zur Reparatur Eurer Glasscheibe zu unterstützen. Das diese Nazideppen sich damit zufrieden geben, bleibt allerdings nur zu hoffen.

Die wissen genau, dass diese Art der Schadensherbeiführung schwer zu ermitteln ist, es sei den, man schiebt Wache….

Stefan Bannert
Kreispsrecher KV Main/Rhön

Der Kreisverband Kulmbach erklärt sich mit Euch solidarisch und verurteilt den feigen Anschlag der Faschisten auf euer Büro aufs Schärfste.

NO Pasaran! Sie kommen nicht durch! Jetzt erst recht! Keinen Fussbreit Boden für die Nazis ohne Protest und Blokaden!
Gerade jetzt, in Zeiten in denen der Kapitalismus sowohl in Form der sog. sozialen Marktwirtschaft als auch als reiner neoliberaler Kapitalismus sein Versagen deutlich gemacht hat, spüren die Faschisten Aufwind und versuchen ihren nationalen Sch... als antikapitalistische Alternative unter die Menschen zu bringen.

Lasst uns gerade den jungen Menschen sagen, daß der Faschismus keine Alternative zum Kapitalismus sondern nur eine andere Form desselben ist!

Antikapitalismus geht nur mit uns, der LINKEN! Wir sind die einzige Systemalternative!

Für das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen!
Keinen öffentlichen Raum für rechtskonservative Grauzonen, wie den Coburger Convent!

Solidarische Grüsse

Arno Pfaffenberger - KV Kulmbach

Die Linke. Original Sozial.

Abgeordnete stellen sich vor

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach unserem gemeinsamen Erfolg bei der letzten Bundestagswahl, können wir mit nun sechs bayerischen Abgeordneten ein deutlich größeres Themenspektrum abdecken. Als Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz darf ich mich schwerpunktmäßig mit Agrarpolitik und ländlichen Räumen befassen, einem Themenbereich, der für Bayern eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat. Bayern ist eben nicht nur Hochtechnologie- und Industriestandort, sondern auch ein Agrar- und Flächenland. Über den Aspekt der Nahrungsmittel-produktion und Ernährung betrifft es dann sowieso alle.

Die Menschen in den ländlichen Räumen haben mit ganz speziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, etwa den großen Entfernungen zu den Arbeitsstätten, Schulen oder Behörden, den dünnen ÖPNV-Angeboten oder der schlechten Internetanbindung. Darüber hinaus sind sie aber auch von gesamtgesellschaftlichen Problemen betroffen, wie Harz IV, Leiharbeit, Dumpinglöhne und Kinder- und Altersarmut.

Wir brauchen also auch für die Menschen in ländlichen Gebieten ein politisches Angebot. Eine Aufgabe, mit der wir uns in der aktuellen Parteiprogrammdebatte beschäftigen müssen. Gleichzeitig ist es immens wichtig, dass unsere Partei in Bayern auch außerhalb der großen Ballungsräume präsent, sichtbar und aktiv ist und somit unsere politischen Inhalte mit Leben erfüllt werden. An dieser Stelle sei den vielen Genossinnen und Genossen herzlich gedankt, die dies durch ihr persönliches Engagement ermöglichen.

Viel Erfolg und solidarische Grüße
Euer Alexander Süßmair

Gedrückte Stimmung in der Flüchtlingsunterkunft. Gruppenfoto mit Alexander Süßmair und Herrn Dr. Funk (r.), zuständiger Bereichsleiter der Regierung von Niederbayern.

Infostand in Kulmbach

Auftaktveranstaltung des Bündnisses für eine gentechnikfreie Region Augsburg: Alexander mit Percy und Louise Schmeiser, kanadische Anti-Gentechnik-Aktivisten und Träger des Alternativen Nobelpreises

Redner beim Aktionstag gegen Nazi-Aufmarsch in Augsburg

Vita Alexander Süssmair

Mitglied des Bundestages und Stadtrat in Augsburg

Geboren am 18.4.1977 in Augsburg,
unverheiratet
Schulabschluss: Fachoberschule
(Fachrichtung Technik)
Beruf: Chemielaborant

1996 Eintritt in die PDS
Von 1997 bis 2007 Sprecher des PDS Kreisverbands Augsburg
Von 2007 bis 2009 Sprecher des Kreisverbandes Augsburg der Partei DIE LINKE
Seit Mai 2008 Stadtrat in Augsburg für Partei DIE LINKE
2007 bis 2010 Mitglied des Landesvorstands DIE LINKE Bayern

Mitgliedschaft in Ausschüssen und Gremien des Bundestages und Arbeitskreisen der Fraktion

Schriftführer im Bundestag

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ordentliches Mitglied
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Stellvertretendes Mitglied

Deutsch-Französische Parlamentariergruppe
Mitglied
Deutsch-Südamerikanische Parlamentariergruppe
(Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Surinam, Uruguay, Venezuela)
Mitglied
Parlamentariergruppe USA
Mitglied

Arbeitskreis I der Fraktion: Haushalt, Ostdeutschland, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Petitionen, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Tourismus und Sport
Mitglied

Mitgliedschaften und Fördermitgliedschaften

DIE LINKE
AWO
Gewerkschaft IG BCE
Bund für Geistesfreiheit Bayern
FC Augsburg

Ehrenamtliche Tätigkeiten

Stadtrat in Augsburg
Mitglied im Kreisvorstand der LINKEN Augsburg

Quelle: http://www.alexander-suessmair.de/ueber_mich/biografie/

Alexander Süßmair im Bundestag

Der Augsburger Alexander Süßmair wurde im September 2009 über die Landesliste für DIE LINKE in den Bundestag gewählt. Dem ging ein langjähriges Engagement in unserer Partei bzw. der Vorgängerpartei PDS voraus.

Im Bundestag wird ein Großteil der Realpolitik in Ausschüssen gemacht. Um die Politik aktiv mitbestimmen zu können, arbeitet jeder Abgeordnete in verschiedenen Ausschüssen und Gremien des Bundestages und der Fraktion mit. Alexanders Beteiligungen in den Gremien sind unter „zur Person" aufgelistet.

Alexanders Schwerpunktaufgabe besteht in seiner Arbeit im „Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz". Zusammen mit der Genossin Dr. Kirsten Tackmann ist er speziell für die Bereiche Ernährung und Landwirtschaft zuständig, während sich zwei weitere Genossinnen auf den Verbraucherschutz konzentrieren.

Inhaltliche Schwerpunkte, die Alexander in etlichen Pressemitteilungen und auch Redebeiträgen im Bundestag gesetzt hat, sind u. a. der Kampf für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, gegen Patente auf Pflanzen, Tiere, Menschen, ihre Organe und Gene sowie auf Zuchtverfahren. Des weiteren setzt er sich für weitreichenden Tierschutz ein, für den Erhalt der Artenvielfalt, stärkere Förderung des Ökolandbaus, faire Erzeugerpreise und regionale Wirtschaftskreisläufe. Bei der Neugestaltung des Bundeswaldgesetzes verlangt er eine naturnahe Waldbewirtschaftung. In der Diskussion über ein novelliertes Weingesetz forderte er eine qualitätssichernde Hektarertragsregelung sowie die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und ein mit Weitblick verfasstes neues Weinrecht innerhalb der EU.

Vernünftige Existenzbedingungen für Landwirte sind Alexander ebenfalls ein wichtiges Anliegen, damit die gerade für Bayern wichtige bäuerliche Landwirtschaft erhalten bleiben kann.

Sein Hauptthema Landwirtschaft verfolgt Alexander auch außerhalb des Bundestages.

Er ist Mitbegründer und einer der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Agrarpolitik und ländlicher Raum" der bayerischen LINKEN. Agrarpolitik und ländlicher Raum sind für Bayern Themen von großer Wichtigkeit, da es das Bundesland mit der größten Agrarfläche und den meisten Bauern ist und ein großer Teil der bayerischen Bevölkerung auf dem Land lebt. Die neue Arbeitsgemeinschaft wird sich mit Problemen der Agrarpolitik und des ländlichen Raumes auf Landes-, Bundes- und Europaebene auseinandersetzen, die Positionen der LINKEN hierzu in Bayern bekannt machen und zu ihrer Weiterentwicklung beitragen.

Selbstverständlich sind Alexanders Aktivitäten aber nicht auf die Landwirtschaft beschränkt. In Augsburg ist er nach wie vor Mitglied des Stadtrats. Diese Verzahnung von bundes- und kommunalpolitischer Tätigkeit wird von der Bundestagsfraktion der LINKEN ausdrücklich begrüßt, damit den Bundestagsabgeordneten die Sorgen und Bedürfnisse der Kommunen bewusst bleiben. Dazu trägt auch die Zusammenarbeit mit Ingeborg Vollmar bei, die für DIE LINKE im Bezirkstag von Schwaben sitzt.

In der Stadt Augsburg und in seinem Wahlkreis ist Alexander als Redner zu verschiedenen Veranstaltungen gefordert, so z.B. bei dem Aktionstag gegen den Naziaufmarsch am 27.02.2010 in Augsburg oder bei der Demonstration der SchülerInnen und Studierenden für Verbesserungen im Bildungsbereich.

Über den Nahbereich hinaus unterstützt er gerne Kreisverbände in Bayern an besonderen Aktionstagen. So verstärkte er den KV Regensburg beim Ostengassenfest der Sozialen Initiativen. Auf seiner Sommertour in Kulmbach stand er den Bürgerinnen und Bürgern in der Innenstadt für Gespräche zur Verfügung und berichtete in einer Abendveranstaltung über aktuelle Themen aus dem Bundestag.

Ganz besonders am Herzen liegt Alexander ein Thema aus dem sozialen Bereich, das er bayernweit verfolgt: Die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Asylbewerbern. So besuchte er die hungerstreikenden Asylbewerber im Landkreis Passau in ihren Unterkünften, um sich selbst ein Bild von der Situation zu machen und um sie in ihren zentralen Forderungen, nämlich Recht auf Arbeit, Bewegungsfreiheit und Bargeld zu unterstützen.
In Augsburg begutachtete er ebenfalls die Unterkünfte persönlich. Das mündete schließlich in einer von der LINKEN, B90/Die Grünen und SPD eingebrachten Resolution im Stadtrat, die dann einstimmig verabschiedet wurde. Sie forderte die Schließung der scheußlichsten Augsburger Unterkunft (Calmbergstraße), außerdem die dezentrale Unterbringung vor allem von Familien sowie eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung.

Wer sich über diese Kurzdarstellung hinaus über Alexander Süßmairs Engagement informieren möchte, ist gerne eingeladen, seine persönliche Internetseite zu besuchen:

www.alexander-suessmair.de

Hier sind seine Pressemitteilungen nachzulesen, ebenso die Texte seiner Bundestagsreden und bebilderte Berichte seiner Aktivitäten vor Ort.

Eine Seite von Alexander bleibt seit seinem Bundestagsmandat allerdings etwas auf der Strecke: seine private. Als großer Fan des FC Augsburg – Mitglied eines Fanclubs und Inhaber einer Dauerkarte – hat nur noch wenig Zeit, seinen Club lautstark zu unterstützen. Wenn es dann doch einmal gelingt, freuen sich die anderen Fanclub-Mitglieder, ihn mal wieder in ihrer Mitte zu haben.

Angelika Michalke,
Wahlkreismitarbeiterin
Wahlkreisbüro Augsburg
Karlstraße 10
86150 Augsburg

Die SPD zähmt den Kapitalismus

In breiten Lettern prangte auf der Juni Ausgabe der Parteizeitschrift „Vorwärts“ der SPD: „Zocker zur Kasse – Den Finanzmarkt zähmen“! Genossen und Genossinnen, ich komme nicht umhin diesen Nonsens zu kommentieren.

Ich las als gleich das zugehörige Interview des Oppositionsführers Frank-Walter Steinmeier mit der Forderung: „Die SPD muss nun Druck machen und die Regulierung der Finanzmärkte, des Kapitalismus erzwingen“. Jenen Kapitalismus, der radikalen, entfesselten, rücksichtslos alles und jeden verschlingenden Märkte, unter welchen sich jeglicher Bereich des Lebens der Bevölkerung – ganz gleich wie groß, ganz gleich wie klein – im Namen der allheilsversprechenden Konjunktur unterzuordnen hat (respektive: Alle Macht den Märkten!)?Nun, handelt es sich hierbei nicht um jene kapitalistischen Strukturen, welche eben diese SPD selbst während ihrer Regierungszeit, sowie durch noch immer billigende Zustimmung in der Oppositionszeit, unter größter Übereinstimmung mit den bürgerlich-reaktionären Parteien errichtete?

„Den Kapitalismus zähmen!“

Welch überaus uneigennützige Forderung einer Partei, die ihr Wesen, ihre politische Aufgabe, ja, ihren Sinn und Zweck, jene Leitmotive und Ideale der Sozialdemokratie für die sie einst einstand (oder stehen sollte), - namentlich: die Verbesserung der sozialen Umstände der lohnabhängig Beschäftigten, sowie die Sicherung und gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes zugunsten Aller –, nicht erst in jüngster Zeit, nicht erst vor dreißig Jahren, nein, geradeschon zu Beginn ihrer jetzigen Erscheinungsform durch das Überbordwerfen ihrer sozialistischen Ideale und durch die Zustimmung, des Billigens, ja, des Wünschens der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs der Gunst bürgerlich-elitärer Interessen willens und parlamentarischer Akzeptanz opferte !

Die Zähmung des Kapitalismus also; - Wie, Herr Steinmeier soll diese Zähmung denn letztlich ihre Gestalt erhalten? Von einer Finanz-transaktionssteuer hört man reden, welche allerdings sowieso nur in globalem Konsens funktional greifen würde (beweist nicht England uns gegenteiliges?), von Plänen welche seit geraumer Zeit in Schubladen schlummern gab es zu lesen. Man sprach davon das man „weiter Druck aufbauen müsse“, Mehrheiten müsse man erstreiten hieß es weiterführend im Artikel, unter bezeichnendem Vorworte:

“Frank-Walther Steinmeier redet Klartext“.

Scheint es nicht viel mehr so, als das diese doch als recht halbherzig zu betrachtenden, in Erwägung gezogenen Maßnahmen endlich nicht mehr als die vielbesagten Tropfen auf dem heißen Stein(-Meier?) repräsentieren? Ist es nicht vielmehr an der Zeit, den nicht mehr zu verleugnenden Tatsachen aufrecht ins Auge zu blicken?

Gestehen sie Herr Steinmeier und wehrte SPD sich und der Bevölkerung doch endlich ein, das das Schiff zu weit ins offene Meer der entfesselten Märkte getrieben ist, und hart achtern leck schlägt! Die Grenze wurde vor viel zu langer Zeit, viel zu weit überschritten, als das der sichere Hafen der sozialen Marktwirtschaft noch aus eigenen Kräften heraus angesteuert werden könnte. Zu weit liegt der rettende Ankerplatz dieser vergangenen Zeit entfernt. Unwiederbringlich sind die Errungenschaften der Daseinsvorsorge, der ökonomischen Ausgeglichenheit des Systems – welche dem Allgemeinwohle zugute hätten kommen sollen -, den zersetzenden Machenschaften kapitalistisch-feudalistischen, umtriebigen Spekulanten, Zockern und großkapitalistischen Finanzverbrechern auf dem silbernen Tablett dargereicht worden. Diese Zeit hochverehrte SPD, ist für immer Geschichte, sie existiert nicht mehr.

Und kein wenigstens halbwegs rationell denkender Mensch wird auch nur im Traume daran glauben, dass jene elitäre Oberschicht, die Vertreter der ins unermessliche radikalisierten Freimärkte, diese ihre Privilegien, welche nichts geringeres bedeuten als die Kontrolle des Staatswesens selbst, aus freien Stücken heraus wieder abgeben werden, weil die SPD jetzt Wählerstimmen braucht! Hochverehrte Damen und Herren der SPD, durch ihr eigenes verschulden, durch ihre unsoziale rechtskonservative Politik, haben sie sich letzten Endes selbst auf ein lästiges Furunkel am Hinterteil der neoliberalen Machthaber reduziert.

Uns allen bleibt letztlich, in endgültiger Schlussfolgerung, nichts anderes als die vorherrschenden Prinzipien des gesellschaftlich-ökonomischen Miteinanders zu überdenken und gänzlich neu zu definieren.

In diesem Sinne

Heiko Friedrich

Buchtipp:

Michael Heinrich „ Kritik an der politischen Ökonomie
Schmetterling Verlag Stuttgart

Das Buch erscheint innerhalb der Reihe „theorie.org“ - die linke Basisbibliothek
www.theorie.org

Diese Publikationsreihe vermittelt verständlich aufbereitetes Überblickwissen und trägt dem Interesse an theoretischen Grundlagen linker Politik und dem Bedürfnis nach inhaltlicher Reflexion politischer Praxis vergangener Jahrzehnte Rechnung.
In seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ setzt sich der Autor mit Fragen wie: Was ist eigentlich Kapitalismus? Was ist „abstrakte“ Arbeit? Wie entsteht Mehrwert? Wie kommt es zu Krisen? auseinander. Plastisch und verständlich skizziert Heinrich die historischen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Entstehung der „Kritik der politischen Ökonomie“ und stellt die wichtigsten Begriffe und Konzepte aus allen drei Bänden des Marxschen Hauptwerkes „Das Kapital“ vor.

Medien und Öffentlichkeit

Genossen und Genossinnen,

angeregt durch eine sehr interessante Diskussion über die Rolle und Position öffentlicher Medien in unserem Bürgerbüro, möchte ich dieser speziellen Thematik in unserem Kreisverband einige Aufmerksamkeit widmen. Einer Auseinandersetzung mit diesem oftmals recht heiklen Feld liegt nur allzu oft die Gefahr, die Problematik zugrunde, sich auf das dünne Eis des Verschwörungs-theoretikers zu begeben, auf diesem letztlich einzubrechen und im Vorwurf der Realitätsferne zu ertrinken.

Doch dieses Risiko trage ich gerne, da mir als menschlichem Wesen die sich zu erhaltende Fähigkeit objektiver Betrachtung und kritischen Denkens weit mehr wiegt, als eventuelle Stigmatisierung oder moralische Verurteilung.

Werden wir als gesellschaftliche Lebensgemeinschaft Staat systematisch indoktriniert? Meinem bescheidenen Empfinden nach muss die Antwort auf diese Frage mit einem ganz klaren und deutlichem „JA“ gegeben werden. Seien es Medienformate „unabhängig-informativer“ Natur, angefangen bei der öffentlich-rechtlichen Tagesschau, über Nachrichtenmagazine von Sendern wie N-TV, N24 oder boulevard-getränkter Berichterstattung im Stile eines Sat1 oder RTL.

Seien es Printmedien etablierter Tageszeitungen wie die Süddeutsche, FAZ..., oder Magazine, namentlich Spiegel, Focus usw. Als auffallend erweist sich, das bei gleicher Thematik in verschiedenen Sendungen bzw. Publikationen nahezu, oder gar völlig identischer Wortlaut auszumachen ist. Dies führt den aufmerksamen Menschen naheliegend zu dem Schluss, dass diese Leute entweder dreist abschreiben, oder vorgefertigte Berichte von PR-Agenturen, - welche dann den Charakter einer richtungsweisenden Meinung aus sich selbst heraus annehmen – bedenkenlos oder bewusst übernehmen.

Andere geradezu offensichtliche Vorgänge lassen sich in Talk-Shows, oder politischen Talk-Runden ausmachen (genannt seien beispielsweise Maybrit Illner, Anne Will, Sandra Maischberger, JBK...). Nach oftmals schon im Vorfeld Meinungstendenzen erzeugenden Einspielungen, erscheinen bei sorgfältiger Betrachtungsweise die Moderatoren geradezu als Stichwortgeber, welche den Gesprächs-protagonisten – durch mehr oder weniger geschickte – Diskussionssteuerung die Möglichkeit geben ihre neoliberale Ideologie zu verbreiten. Wohingegen Vertretern, - namentlich sozialstaatlicher Thesen – nicht selten das Wort abgeschnitten, die Redezeit verkürzt, unterbrochen wird.

In Sendungen des allgemeinen Unterhaltungsprogramms, sind Fälle dokumentiert wie seinerzeit im Marienhof, als die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“ von ihren PR-Firmen vorgefertigte neoliberale Ansichten in Drehbücher einarbeiten ließ.

In Programmen dieser Machart ist gewiss die Eigendynamik, die Selbstzensur des allgemeinen Mainstreams ein sehr großer Faktor, doch stößt man auch hier recht oft auf Szenarien wie zum Beispiel in der Sendung Verdachtsfälle (RTL), in der ein Kriminalfall sein letztlich glückliches Ende nur durch die fortschrittliche Technik des Überwachungskamera-Systems finden konnte.

Ein Schelm wer hier böses denkt.

Dies sind natürlich nur einige wenige Beispiele von mittlerweile unzähligen, welche uns in unserem täglichen medialen Leben begegnen. Betrachten wir uns wem denn nun diese Medien eigentlich gehören, so stellen wir nicht selten fest, dass offen neoliberal ausgerichtete Interessenverbände die Anteilseigner unserer „freien Medien“ stellen (Bertelsmann sei hierbei als Vertreter genannt). Und leider gilt es heute mehr denn je: Wer zahlt hat recht!

Gibt es nun diesen einen „großen Bruder“ oder die „elitäre Gruppe“ welche vom Hinterzimmer aus die gedanklichen Geschicke der Bevölkerung anzuleiten bemüht ist?

Nun, mit Sicherheit wissen kann man es gewiss nicht. Man ist ja nicht dabei. Doch denke ich, dass in einem derart großangelegten Maßstab durchgeführte Kampagnen einer gewissen zentralisierten Steuerung und Planung bedürfen. Und ich fürchte, wie mir das Leben oft genug bewiesen hat, das die Wirklichkeit sich weitaus komplexer und oftmals schlimmer darstellt als es die dümmsten Verschwörungstheorien tatsächlich könnten.

Fakt ist, dass in den letzten Jahrzehnten, neoliberale Think Tanks und Denkfabriken wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. Sie sich in unseren Schulen und Universitäten, in nahezu jedem Bereich des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens eingenistet haben, und durch ihre konzentrierte Finanzkraft, ihre Ideologie der sozialen Kälte und konsequenter Privatisierung jeglichen Lebensbereiches verbreiten.

Einzig wirksamen Schutz vor Beeinflussung, kann letzten Endes nur die Kenntnis deren Existenz, deren Strategie und das Erkennen selbiger bieten.

Wie sagte einst ein sehr hellsichtiger Mann und unermüdlicher Kritiker menschlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens: „Die herrschenden Ideen einer Zeit, waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse!“

Genossen und Genossinnen, bewahrt euch den Mut zu denken!

In diesem Sinne

Heiko Friedrich

Hartz IV Seminar/Sommerfest Main-Rhön

In unserem Bürgerbüro lag ein gelber Prospekt mit Anmeldeformular für Jedermann/-frau aus, die Interesse haben an der Grundlagenschulung – Soziale Beratung/ Hartz IV „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Unser KV war mit vier Teilnehmern vertreten: Petra und René Hähnlein, Birgit und Martin Beilein. Außer Referentin und Genossin Cornelia Wanderer und Anton Salzbrunn und Co-referentin und Genossin Angelika Schömig nahmen 20 vorwiegend Parteimitglieder, aber auch einige SympathiesantInnen teil. Kaffee und Mineralwasser waren ausreichend vorhanden und wurden kostenfrei zur Verfügung gestellt. Für Snacks oder vollwertiges Mittagessen gab es in der Nähe mehrere Möglichkeiten. Der Schulungsraum war zweckmäßig eingerichtet und gut zu belüften.

Am ersten Treff stellte sich jeder zwanglos persönlich vor.
Weiter ging es mit anschaulichen Fallbeispielen zum besseren Verständnis des Lernstoffes.

Beim zweiten Mal wurden Bedarfsberechnungen verschiedener Voraussetzungen er- und bearbeitet.. Am letzten Tag klärte uns Genosse Rechtsanwalt Bernhard Niegel als ehrenamtlicher Referent über die „Rechtsgrundlagen der Beratung“(im Rechtsdienstleistungsgesetz seit 2008)auf, inwieweit wir als Laien „beraten“ dürfen.

Grundsätzlich ist Beratung unentgeltlich und jederzeit, wie zwischen Freunden und Bekannten möglich.Durch Gewerkschaften, Mietvereine, Verbände der freien Wohlfahrtspflege(z.B. AWO), auch V.d.K.(evtl. Voraussetzung ? Mitgliedschaft od. ? Aufwandsentschädigung).Einen Anwalt einschalten sollte man bei Sozialgerichtsklageerhebung od. Ähnlichem und Eilanträgen.

Alles in allem, war es angenehm aber auch anstrengend wegen der vielen Paragraphen und Artikel aus GG/ Verfassung und der Vielzahl an Sozialgesetzbüchern, alt und neu! Außerdem: Arbeits-, Verwaltungs-, Asylbewerber-, Steuer-, Benachteiligungs-, Gleichstellungs-, Wohnraumförderungs-, Armutsgewährungs-, Lohnabstands-Gesetz/Recht/Verbot/Zuschlag/Gebot/ bundesweiter Heizspiegel und vieles mehr!

Uns wurde klar, mit dem SGB III alleine kommt man nicht weit! Da rauchte auch den längst Erfahrenen der Kopf und sie erstaunte, wie viele Verknüpfungen in der einschlägigen Gesetzesliteratur von den HelferInnen gefunden werden müssen, um Ratsuchenden helfen zu können.

Eigentlich wollte ich nur einen kleinen Bericht schreiben, wurde wohl eher ein Referat. Sorry!

Eure Birgit Beilein

Sommerfest KV Main-Rhön

Wieder ein Fest der Linken!

Diesmal das traditionelle Sommerfest des Kreisverbandes Main-Rhön auf dem Sportgelände von Niederlauer.

Trotz der Hitze waren zahlreiche Genossinnen und Genossen aus Haßfurt, Schweinfurt, Bamberg, aber auch aus Thüringen, gekommen.

Die Biertische und Bänke unter den schattenspendenden Bäumen waren restlos besetzt.

Die Anwesenden staunten nicht schlecht, als der KV Coburg mit 5 PKW und 20 GenossInnen eintraf. Schnell wurden noch einige Tische und Bänke aufgestellt, und so konnten alle das reichliche Angebot an Speisen und Getränken genießen. Zur Unterhaltung spielte eine Mädchenband.

Der KV-Vorsitzende Stefan Bannert begrüßte die GenossInnen, unter ihnen der Parteivorsitzende Klaus Ernst, Jens Petermann, MdB aus Meiningen und unsere Landessprecherin Eva Mendl.

Wie immer bei solchen Anlässen wurden von Eva und Jens Festreden gehalten. Doch alle warteten auf den Auftritt von Klaus Ernst. In seiner temperamentvollen Art und in fränkischem Dialekt sprach er über aktuelle politische Themen und Standpunkte unserer Partei.
Dabei störte es kaum, dass wieder einmal das Mikrofon ausfiel.

Das Sommerfest war eine gute Gelegenheit, GenossInnen aus anderen KV zu treffen, Gespräche zu führen und Erfahrungen auszutauschen.

Natürlich wollten viele ein Foto mit Klaus Ernst, und dieser stellte sich geduldig den Hobbyfotografen. Eine gelungene Veranstaltung des KV Main-Rhön.

Inge

Vor einigen Wochen hielt ich ein Flugblatt der Bürgerinitiative gegen den Bau eines Verkehrslandeplatzes, der von der Kreisverwaltung auf Drängen Coburger Industrieller geplant ist, in der Hand.Die Initiatoren wanden sich gegen den ausufernden Verkehrslärm, vor allem gegen die faktische Enteignung von Bauern im vorgesehenen Gebiet. Im Flugblatt wurde gebeten, den jeweilig gewählten Kreisrat davon zu überzeugen, das Vorhaben nicht zu unterstützen.

Ich tat`s und schrieb als Bürger von Seßlach einen entsprechenden Brief an den Kreisrat Herrn Dressel, der auch Bürgermeister von Seßlach ist. Freundlich antwortete Herr Dressel mehrseitig, um mir zu erklären, dass das Projekt nicht schon heute oder morgen realisiert werden würde. Aber der Neubau sei wichtig zur Stärkung der Coburger Industrie und zur Erhaltung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen. Aha, dachte ich, da in unserem Land die Wirtschaft mehr zu sagen hat als die Politik, stecken Brose und Co dahinter.

Mein Bürgermeister wies in seinem Schreiben an mich auch darauf hin, dass die Landesregierung die Sondergenehmigung für einen Verkehrsflugplatz auf der Brandensteinebene nach einem aufwendigen und gewiss teuren Gutachten nicht verlängern will. Um zu dieser Einsicht zu kommen. Hätte man meiner Meinung nach keine Steuergelder für das Gutachten auszugeben brauchen.
Jeder, der ein bisschen über das Flugwesen Bescheid weiß, hätte sagen können, dass die benötigte Verlängerung der Start- und Landebahn auf der Brandenstein-ebene ökologischer Unsinn ist. Wirtschaftsverkehrsflugzeuge benötigen nun mal eine längere Strecke, um starten und landen zu können als Sportflugzeuge. Na dann bauen wir eben einen neuen Verkehrslandeflugplatz, fordern unsere Industriegrößen und wurden dabei massiv von einem bekannten SPD-Politiker unterstützt.
Flugs verwiesen sie auf ein Gelände mit wertvollem Ackerland.

Da ich als LINKER immer bereit bin, mich einzumischen, formulierte ich die Gründe für meine Ablehnung des Vorhabens, wohl wissend, dass ich mit meiner Meinung nicht alleine stehe. Das Schreiben übergab ich im Rathaus für Bürgermeister Dressel.

Erstens
Einen solchen Flugplatz kann man nur auf ebenem Gelände bauen. Also da, wo Landwirtschaft ökonomisch betrieben werden kann. Die vielfach im Coburger Land vorhandenen Hangflächen sind für den Ackerbau technik-und kostenintensiver. Ich weiß das, weil ich u.a. mit einem Facharbeiterabschluss als Agrotechniker(zu meiner Zeit sagte man Traktorist dazu) Mähdrescher, moderne Pflüge, Strohpressen und andere landwirtschaftliche Großmaschinen bediente.

Zweitens
Wirtschaftsverkehrsflugzeuge dieser Größe benötigen eine Start-und Landebahn von mindestens zwei bis zweieinhalb Kilometer Länge und entsprechender Breite. Dazu kommen noch Flächen für Flugsicherungsgebäude und Zufahrtsstraßen. Auch das weiß ich, war ich doch einige Jahre Navigator in einer Flugzeugbesatzung.
Jedenfalls wird eine erhebliche Bodenfläche der Nahrungsgüterproduktion entzogen.

Drittens
und vielleicht der wichtigste Grund meiner Ablehnung eines Verkehrsflugplatzes, der in Wirklichkeit nur wenigen nützt, ist die Tatsache, dass durch Klimaveränderungen und vor allem durch eine völlig verfehlte Verkehrspolitik es in unserm Lande bereits zu einer dramatischen Verringerung der Anbauflächen für Nahrungsgüter gekommen ist und fortgeführt wird.

Viertens
Die unsinnige Bebauungspolitik in unseren Städten und Gemeinden beschädigt in einem nicht verantwortbarem Ausmaß die Natur und verringert die Flächen, die für die menschliche Ernährung benötigt werden. Die Verstädterung nimmt zu. In Seßlach stehen bereits mehrere Häuser leer oder werden nur von ein bis zwei Personen bewohnt. Viele junge Menschen ziehen in die Städte und der Arbeit nach.

Schlussfolgerung
Wir versündigen uns in einem Ausmaß an der Zukunft unserer Kinder und Enkel, das nicht mehr zu vertreten ist. Aber wer sind w i r ? Das sind zunächst alle denen es aus wirtschaftlichen Interessen, aus Profitgründen völlig schnurz ist, ob unsere Welt auch in Zukunft noch lebenswert ist. Wir, das sind aber auch die Vielen, die dazu schweigen und sich nicht wehren. Deshalb und weil der Verkehrslandeplatz nur einer Minderheit und deren Interessen dient, ist seine Errichtung ökonomischer und ökologischer Unsinn.Ich lehne das Projekt ebenso ab wie viele Bürger im Coburger Land. Im übrigen gibt es in zumutbarer Entfernung bereits eine Reihe von Flugplätzen. Noch einer wird nicht benötigt.

Wolfgang Meffert

Flugplatz wider Willen.

Die Stadt Coburg hat einen Flugplatz. Dieser hat einige, behebbare Sicherheitsmängel. Nun sollen nicht die Mängel beseitigt werden, sondern ein neuer Flugplatz ist geplant.

Nicht in der Stadt Coburg, sondern der Landgemeinde Meeder.

Bereits in der Vergangenheit hat Eva Bulling-Schröter die Bundes-regierung in dieser Angelegenheit befragt.

Nun sollen vollendete Tatsachen geschaffen werden. Eine Bürgerinitiative setzt sich zur Wehr und auch Bürgermeister Josef Brunner ist über die Informationspolitik der Landes-regierung verwundert.
Die Bundestagsabgeordnete sagte zu, dass sie die widersprüchlichen Auskünfte von Bund und Land aufklären wolle.

Ortstermin: Hier in der Ebene soll der neue Flugplatz entstehen.

Eva mit Josef Brunner, Bürgermeister in Meeder

Das Projekt wird von einigen regionalen Unternehmen forciert, deren Absichten nicht immer eindeutig erkennbar sind. Für die Gemeinde kann der Bürgermeister keine Vorteile erkennen. Die Wohnqualität im Einzugsbereich des Flugplatzes verschlechtert sich und statt neuer Einnahmen sind Folgekosten zu befürchten, von denen nicht geklärt ist wer sie trägt.

Vor „Schreiners Hofladen“ parkt derweilen bereits der erste Flieger. Für den Landwirt ist die Sache mit dem Fluplatz klar: Seine Fluglinie heißt „NIXDA“.

LINKE-MdB Harald Weinberg in Forchheim

Informationen zu Gesundheitssystem und „Kopfpauschale“

Am vergangenen Freitag hat das Büro von Harald Weinberg, Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE, in Forchheim eine öffentliche Informationsveranstaltung mit sich anschließender Bürgersprechstunde durchgeführt. Weinberg selber hat trotz strömenden Regens etliche Bürger über die Tragweite und Hintergründe der so genannten „Kopfpauschale“ aufklären können, die von der Bundesregierung geplant ist.

Das Wetter spielte noch mit, als die Helfer von Harald Weinberg den Pavillon für Ihren Infostand am Forchheimer Paradeplatz aufbauten. Doch kurz darauf begann es heftig zu regnen, und die Fußgängerzone war schlagartig wie leergefegt. Das hinderte jedoch eine große Zahl Vorbeieilender nicht daran, stehen zu bleiben und sich von Weinberg über die geplante „Kopfpauschale“ und deren absehbare Folgen informieren zu lassen. Es kam zu lebhaften Diskussionen. Die meisten Bürger waren denn auch hell empört, dass diese Kopfpauschale - wieder einmal - hauptsächlich auf Kosten der finanziell Schwächsten in Deutschland eingeführt werden soll. Auch andere Themen kamen zwangsläufig zur Sprache. Im Vordergrund stand dabei das „Sparpaket“ der Regierung Merkel, das die Armen im Lande stark belasten, die Reichen und Superreichen jedoch weitgehend verschonen wird.

Im Anschluß an den Informationsstand fand in einer Gaststätte am Paradeplatz eine Bürgersprechstunde mit Harald Weinberg statt. Der Raum war im Nu überfüllt, und einige Interessierte mußten sogar von außerhalb dem Vortrag von Weinberg und der teilweise sehr aufgebrachten Diskussion folgen. Mit so viel Andrang hatten die Linken überhaupt nicht gerechnet. Doch das zeigte in aller Deutlichkeit, wie sehr die Kopfpauschale und die Sparmaßnahmen der Regierung den Menschen auf den Nägeln brennt. Es war nicht zu überhören, dass viele mächtigen Ärger über diese „Kahlschläge“ verspüren. Dazu der Abgeordnete: „Ich kann die Sorgen der Menschen sehr gut nachvollziehen, und unsere Fraktion im Bundestag wird alles daran setzen, diese Maßnahmen der Regierung soweit wie irgend möglich zu verhindern.“

Nach Abschluß des öffentlichen Teils bildeten sich noch einige Grüppchen, die ihrem Ärger teilweise lauthals Luft machten.

Horst Bruns

Neumitglieder

Der Kreisverband Coburg konnte in den letzten Wochen wieder einige Neumitglieder verzeichnen. Bestand der KV Mitte 2008 noch aus 18 Mitgliedern stehen wir mittlerweile kurz vor dem 100. Mitglied.

Wir heißen die Genossinnen und Genossen

- Melissa Aia
- Sandra Beyer
- Pierre Gräbner
- Anika Häfner
- Romina Jungnitz
- David Keller
- Maximilian Keller
- Nadine Meixner
- Ronny Pietsch
- Peter Plentz
- Michael Prokopenko
- Christian Schulz
- Nikolai Wöhner
- Erodita Zogaj
- Shkodran Zogaj

bei der LINKEN Coburg herzlich willkommen.

DIE LINKE Coburg

Heiligkreuzstrasse 35/
Ecke Hintere Kreuzgasse
96450 Coburg

Telefon 09561/7959203
E-Mail:kontakt@dielinke-coburg.de

Öffungszeiten:

Montag - Freitag
10.00 - 13.00/15.00 - 18.00
Donnerstag
10.00 - 13.00/15.00 - 20.00

Hartz-IV-Beratung jeweils
Dienstag 10.00 - 13.00
Donnerstag 17.00 - 20.00

Arbeitslosenfrühstück
1. Mittwoch im Monat 10.00 - 12.00

Frauenstammtisch
2. Montag im Monat 16.00 - 18.00

Stammtisch "Linke Drogenpolitik"
3. Freitag im Monat 16.00 - 18.00

Termine regional/überregional

03.08.2010 Arge-Demo, Beginn 9.00 Uhr
04.08.2010 Arbeitslosenfrühstück, Bürgerbüro Coburg
09.08.2010 Frauenstammtisch 16.00-18.00 Uhr, Bürgerbüro Coburg
11.08.2010 Verteilaktion Gesundheitskampagne, Großheirath und Umgebung
16.08.2010 Verteilaktion Gesundheitskampagne, Rödental und DörflesEsbach
17.08.2010 Unterstützung OB-Wahl DIE LINKE Riesa
21.08.2010 Gründung OV Rödental/Dörfles, Gasthof Kaiser, 14.00 Uhr
27.08.2010 Stammtisch "Linke Drogenpolitik", Bürgerbüro Coburg
28.08.2010 pol. Stammtisch, Gasthof Kaiser, Dörfles-Esbach

Rosa-Luxemburg-Club Oberfranken
RLC Oberfranken
Kontakt: Christa P. Meist
Rangenweg 4
95493 Bischofsgrün
E-Mail: rlc-oberfranken@cpmhnz.de

Querelen, Kiffer, Karrieristen

Zur Einleitung erst mal ein Zitat von der Homepage der NPD-Oberfranken:

http://www.npd-oberfranken.de/index.php?inhalt=260410querelen

„Doch auch der zumindest nach außen gemäßigt auftretende Überflieger Hähnlein scheint keine allzu großen Berührungsängste in eine gewisse Richtung zu haben: Auf der Internetseite des Linken-Kreisverbandes Coburg darf sich ein "bekennender Kiffer" aus Rödental ausführlichst darüber auslassen, warum man gerade als überzeugter Drogenkonsument der Partei von Hähnlein beitreten sollte…“

Was soll man denn nun davon halten? Sicher, der Text ist nun schon ein wenig älter, aber so kann man schön sehen, wie die LINKE von der NPD angesehen wird. Es werden sogar deren kranke Mäßstäbe an unserem Handeln angelegt. Deswegen hat dieser rechtsradikale Haufen auch Berührungsängste mit „bekennenden Kiffern“, oder einfach mit jedem, der nicht in Ihre Schablone vom „ordentlichen“ Deutschen passt. Stellt diese Partei vernünftige Lösungen für reale Probleme bereit? Nicht wirklich, ausser Populismus nichts vorhanden. Sogar vorm Erfolg anderer haben sie Angst. René Hähnlein mag erfolgreich sein, aber fragt Axel Michaelis warum? Renés harte Arbeit ist wertvoll, denn sie eint Menschen, die allesamt von unserer Regierung vergessen, oder als Melkkühe missbraucht werden. Sie schafft eine Front gegen reale Probleme, ohne Populismus, ohne Hass.

An dieser Stelle muss ich mich schon wieder darüber auslassen, warum es so wichtig ist, der Linken beizuteten, gerade als Konsument der Drogen die unserem Staat nicht in dem Kram passen. Der Mensch ist frei, als Individuum wie als Teil einer Gesellschaft, solange er niemanden schädigt, oder in seiner Lebensweise beeinträchtigt, kann er tun und lassen was er will. Wenn Menschen sich also dazu entschließen, anders zu sein, und kein Mensch gleicht dem anderen, dann ist das ihr gutes Recht!

Dafür kämpfe ich in der LINKEN.

Erst recht seit meiner Wahl in den Kreisvorstand und als Drogenpolitischer Sprecher des KV – Coburg. Noch mal als Aufforderung: Egal welche Droge Du konsumierst, egal ob schwerstabhängig oder als Gelegenheitskonsument, heb den Hintern vom Sofa und tu etwas!

Nur so wird sich auf lange Sicht Deine Situation verbessern.

Tritt der LINKEN bei und stärke Deine Front gegen Diskriminierung, Unterdrückung und ungerechtfertigte Strafverfolgung.

Weil ich selbst schon viel unter den Umständen dieser Unrechtspolitik gelitten habe, biete ich meine Hilfe an.

Wo ich kann werde ich jeden unterstützen der Fragen hat, der unter Verfolgung zu leiden hat, oder der sich verstecken muss, um nicht seine Arbeit, Kinder oder den Führerschein durch staatliche Maßnahmen zu verlieren. Selbst als Süchtiger kann man ein lebenswertes Leben führen. Der Weg aus der Beschaffungskriminalität ist nicht einfach, aber einfacher, wenn einem eine helfende Hand gereicht wird. Wobei ich niemandem sein Leben abnehmen kann. Hilfe zur Selbsthilfe und Menschen die zu einem stehen, das halte ich für den richtigen Weg. Bei der LINKEN findest Du das!

still smokin’
Elmar

ViSdP René Hähnlein, Casimirstr.7,
96450 Coburg

Heiligkreuzstrasse 35
96450 Coburg
Tel.: 09561 – 237576
Vorsitzender: René Hähnlein
renehaehnlein@web.de
www.dielinke-coburg.de

DIE LINKE.
Kreisverband Coburg